

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

209 (10.9.1931)

Freistaat Baden

Spargutachten und Schulen

Hierzu wird über die Stellung der Regierung mitgeteilt:
Im Ministerium des Kultus und Unterrichts ist das **Fachreferat für Leibbesichtigungen und Augenpflege** schon seit 16. April 1931 aufgehoben. Die Aufhebung der Fachreferate für Musik und Zeichen erfolgt bei Uebertritt der derzeitigen Fachreferenten in den dauernden Ruhestand (1932 und 1933). Die Zahl der Ministerialräte soll künftig fünf (bisher fünf), die der Oberregierungsräte sechs (dreizehn), die der Regierungsräte vier (neben) betragen. Den Gedanken einer allgemeinen Bezirksinstanz zur Aufsicht für die Gewerbe- und Handelsschulen vermag das Staatsministerium nicht zu folgen.

Wegen Beilegung der schuleigen Bestimmungen bezüglich der Unentgeltlichkeit des Unterrichts in den Lehrerbildungsanstalten wird ein Gesetzentwurf vorgelegt. Die Erhebung des Beamten-, Büro- und Kantsleiverlohns der Besichtigungsaufsicht durch Anstellung gelegentlich des Uebergangs findet grundsätzlich Zustimmung. In den nächsten Jahren sollen außerdem sechs Schulratsstellen beim Freiwerden von Schulaufsichtsbearbeitern abgebaut werden.

Das Spargutachten schlägt bekanntlich den Abbau von 500 Lehrstellen an der Volksschule vor. Demgegenüber erklärt die Regierung die Erhöhung der Verrechnungssätze 55 auf 60 oder sogar 65 im Schulaufwandsgehalt für untragbar. Die Beilegung der Verrechnungssätze ist grundsätzlich durchzuführen. Die Verminderung der Schülerfunktionszahl der Fortbildungsschüler wird abgelehnt, wegen Erhöhung des Stundenlohns der Fortbildungsschullehrer ein Gesetzentwurf vorgelegt. Der Religionsunterricht in den Fachschulen soll erhalten bleiben, die Kosten jedoch vermindert werden, durch Verwendung von nicht planmäßigen Lehrkräften und fernerer Zuzug von Geistlichen als Nebenlehrer.

Zum 1. April 1932 will man die Pflichtdeputate der Lehrer und die Klassenräte an den Handels- und Gewerbeschulen an Württemberg angleichen. Mit der Verwendung von seminaristisch und technisch gebildeten Lehrkräften ist man einverstanden, sobald der Schülerzugang wieder normal ist. In Aussicht genommen ist die Vereinigung der Uhrmacher-, Schnitzerei- und Gewerbeschule in Furtwangen unter einer gemeinschaftlichen Direktion. Grundständiges Einverständnis erklärt die Regierung mit der Angleichung der Stundenbezüge der höheren Lehranstalten an Württemberg. Entsprechende Neuordnung wird mit Wirkung vom 1. April 1932 erfolgen. Auch damit ist man grundsätzlich einverstanden, daß das Stundenbezug künftig voll ausgeschöpft werden muß. Die Zahl der vorhandenen Stellen ist weitgehend zu beschränken, dagegen sollen auf dem Lande kleine Schulen erhalten werden. Auf dieser Grundlage werden ausreicht schon die Verhandlungen mit den Gemeinden geführt.

Die gegenwärtig bestehende Zugangssperre zu den Lehrerbildungsanstalten wird nach Ansicht der Regierung verläßt werden müssen. Erforderlich ist die vorübergehende Schließung des Handarbeitslehrerinnenlehrcourses ab Oftern 1932 angesichts der großen Zahl der Vollausgebildeten auf Verwendung wartenden Handarbeitslehrerinnen.

Die Regierung hätte sich schließlich damit einverstanden, daß die Verrechnung der Staatschulanzahl an die Landeshauptkasse und die Verwaltung der Stiftungen an das Domänenamt Karlsruhe übergeht, die Zentralschuldenverwaltung also aufgehoben wird. Die Aufhebung der Landesfunktschule oder der Meisterabteilungen kann die Regierung nicht verantworten. Eine organische Verbesserung der Anstalt ist bereits in Anmarsch genommen. Die Erhöhung des Schulgebäudes an der Kunstgewerbeschule Pforzheim wird als unmöglich bezeichnet. Auch sei der Verkauf der Schülerarbeiten nicht angängig (Konkurrenz gegenüber der Pforzheimer Industrie).

Spargutachten und Aufhebung von Gerichten

Zur Aufhebung der Landgerichte, wie sie in dem badischen Spargutachten vorgeschlagen wird, legt die Regierung dem Landtag ihre Ansicht in einer Drucksache dar, aus der hervorgeht, daß die Regierung die Aufhebung der Landgerichte Heidelberg, Waldsiedel und Mosbach ablehnt. Die Entscheidung über die Aufhebung einer Reihe von Amtsgerichten bleibt jedoch vorbehalten bis zur weiteren Prüfung der Frage, inwieweit Einsparnisse zu erzielen sind. Die Aufhebung der Amtsgerichte Adolfszell, Weinhelm, Wiesloch, Ettlingen und Durlach wird abgelehnt. Aufgehoben werden die Notariate Tienagen, Sietten a. L. M. und Gerlachshausen, während jenes von Rheinbischhofshausen nach Rehl verlegt wird. Die Grundbuchführung in Gemeinden unter 500 Einwohnern soll an andere Grundbuchämter übertragen werden. Die von der Spartkommission beantragte Uebertragung der Grundbuchämter auf die Amtsgerichte erscheint der Regierung zur Zeit nicht durchführbar.

Schullastenverteilung und der Hinweis auf Württemberg

Es wird uns geschrieben:
Wiederholt schon ist darauf hingewiesen worden, daß der Mangel an grundsätzlichen Erörterungen im Spargutachten auf dem Gebiete des Bildungswesens besonders peinlich empfunden wird. Das gilt nicht nur ganz allgemein sondern auch für einzelne Teilgebiete. In Bezug auf die Schullastenverteilung weist das Gutachten auf Württemberg dies mit Erfolg getan hätte, Personallasten an die Gemeinden zu verlegen. Die glänzende finanzielle Lage der württembergischen Unterrichtsverwaltung sei eben darauf zurückzuführen, daß die württembergischen Gemeinden am Personalaufwand der Volksschule 18,6 Millionen Mark tragen. Voraussetzung für einen derartigen Vorschlag wäre die Untersuchung der Frage der Steuerverteilung in beiden Ländern und die grundsätzliche Erörterung der Schullastenverteilung gewesen, wie diese sich seit der Reichsfinanzreform im Jahre 1920 gestaltet. Betrachtet man die Steuereinnahmen in beiden Ländern, ergibt sich folgendes Bild. Württemberg erhielt im Jahre 1927/28 an Reichsteuerüberweisungen 144,2 Millionen Mark, während Baden nur 114,2 Millionen Mark zuerwiesen bekam. Baden, dessen Verwaltungsaufgaben kaum geringer sind, als diejenigen von Württemberg, erhielt 30 Millionen Mark weniger an Reichsteuern. Baden mußte diese Vermögensminderung teilweise durch Erhöhung Landes- und Gemeindesteuern einbringen. So erhob Baden im gleichen Jahre 162,4 Millionen Mark, das wirtschaftlich stärkere Württemberg nur 158,7 Millionen Mark an Landes- und Gemeindesteuern.

Es ist hier notwendig, kurz auf die Ursachen dieser geringen Steuerkraft hinzuweisen; sie sind übrigens in der im April 1929 von der badischen Regierung herausgegebenen ausgezeichneten Denkschrift über „Die wirtschaftliche und kulturelle Notlage Badens als Grenzland“ dargestellt. Die neue Grenzabhebung hat durch die wirtschaftliche Zerreißung von ehemals eng verflochtenen Nachbarländern die Wirtschaftsverhältnisse Badens ungünstig beeinflusst. Überall zeigt sich ein Rückgang im wirtschaftlichen Leben.

Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe hat abgenommen; ein Rückgang der Durchschnittserträge landwirtschaftlicher Erzeugnisse ist festzustellen. Die Unbauflächen von Handelsgewächsen und Wein haben sich vermindert; der Viehbestand ist gesunken. Die Zahl der landwirtschaftlichen Zwergebetriebe hat abgenommen; der Maschinenpark für die Industrie hat sich verengt. Zahlreiche industrielle Unternehmungen wandern aus Baden weg; der Verkehr auf dem Rhein wird nach Frankreich abgelenkt. All diese Schädigungen machen sich in der Höhe der Arbeitslosigkeit bemerkbar. Die Dauererwerbslosigkeit hat erhebliche Schäden der Bevölkerung erzwungen. Demgegenüber ist Württemberg ein Land steigender Prosperität, was sich in auffällender Weise auch in den Reichsteuerüberweisungen auswirkt. Diese Art der Steuerüberweisung ist anzufechten, da Baden als Grenzland ganz andere kulturpolitische Verpflichtungen hat, während seine wirtschaftliche Notlage durch die Nähe der Grenze und durch die Grenzabhebung in hohem Maße bedingt ist.

Gerade diese kulturpolitische Verpflichtung ist in der oben erwähnten Denkschrift der badischen Regierung besonders hervorgehoben worden: „Ein mit dem deutschen Hinterland isoliertes Baden des Schwarzwaldes nur mangelhaft verbundener Grenzstreifen steht sich unmittelbar der ersten Militärmacht Europas, die zunächst an Kulturimperialismus alle anderen Nationen hinter sich läßt, gegenüber. Derartige Nachbarschaft wirkt trotz aller Friedenspatte auf ein Geistesleben bedrückend. Nur zu leicht stellt sich in einer solchen Zone eine gewisse geistige Kulturelle ein. Mit der Beeinträchtigung des nationalen Selbstbewußtseins schwindet auch ein Teil der kulturellen Produktivkraft, je es, daß die Reime geistigen Schaffens zurückbleiben werden oder verkümmern, je es, daß befähigte Kräfte die benagte Grenzzone verlassen, um anderwärts Anschluss an ein fröhliches pulsierendes geistiges Leben zu gewinnen. Die Gefahr solcher Verkümmern lastet mit ganz besonderer Schwere auf dem badischen Oberland“. Die allgemeinen kulturellen Vorbedingungen sind in Württemberg ganz andere. Dort ein nahezu geschlossenes Volkstum und in der Mitte des Landes die Metropole Stuttgart, Zentralpunkt des wirtschaftlichen und geistigen Lebens, durch ein zentralisiertes Verkehrsnetz mit dem ganzen Lande verbunden. Die wirtschaftliche Notlage Badens und seine kulturelle Aufgabe würden die Opferwillige Hilfeleistung des Reiches bedingen.

Die Steuereinnahmen werden, wie dies Herr Präsident Dr. Baumgarten im badischen Beobachter vom 30. und 31. Juli darstellte, in beiden Ländern folgendermaßen verteilt. Württemberg stellte 1927/28 von seinen Reichsteuerüberweisungen 91,5 Millionen Mark für die Staatsverwaltung bereit und überließ den Gemeinden 52,7 Millionen Mark, während in Baden das Land 73,4 Millionen Mark, die Gemeinden 40,8 Millionen Mark erhielten. Die württembergischen Gemeinden bekamen an Reichsteuern also 11,9 Millionen Mark mehr als die badischen. Von den Landes- und Gemeindesteuern bekam in Württemberg der Staat 54 Millionen Mark, die Gemeinden 104,3 Millionen Mark. In Baden dagegen 64,2 Millionen Mark und 98,2 Millionen Mark. Die württembergischen Gemeinden wiederum 6,1 Millionen Mark mehr. Insgesamt konnten die württembergischen Gemeinden um 18 Millionen Mark reicher ausgestattet werden als die badischen. Bei dieser Sachlage lassen sich dann ohne Schädigung der Gemeinden wiederum für den Schulaufwand 18 Millionen Mark aus den Gemeinden herausheben. Somit ist der Hinweis auf Württemberg unangebracht.

Die Verlegung von Volksschulstellen in die Gemeinden bedeutet eine Mehrer von der 1921 geschaffenen Linie. Dort hat der sozialdemokratische Antrag Mater dem Volksschulwesen ein tragfähiges finanzielles Fundament geschaffen. Wiederaufrichtung dieser klaren Linie; die Personallasten dem Staat, die Sachkosten der Gemeinde, ist eine sachlich gebotene Forderung. Kimmelmann.

Pfarrer Senn vom Amte suspendiert

Dr. Freiburg, 9. Sept. Pfarrer Senn-Siedingen ist vom Erzbischöflichen Ordinariat einseitig vom Amte suspendiert worden, bis seine Angelegenheit im ordentlichen Kircheninstanzenweg ihre Erledigung gefunden hat.

Eingabe der Waldbesitzer an den Badischen Landtag

Karlsruhe, 9. Sept. Der Badische Waldbesitzerverband hat in einer Eingabe an den Badischen Landtag die Not der badischen Gemeinden und Privatwaldbesitzer schildert, die durch die Maßnahmen der französischen Regierung, die einem Einfuhrverbot für Holz gleichkommen, eine unersetzliche Steigerung erfahren hat. Der Waldbesitzerverband bittet dringend um weitere Unterstützung.

Freidenker-Weltkongress

Die Einigung vollzogen

Der 5. bis einschließlich 7. September tagte in Berlin im ehemaligen Herrenhaus der Freidenker-Weltkongress, auf dem es zur Verschmelzung der beiden Freidenker-Internationalen: der „Internationalen proletarischen Freidenker“ (I.P.F.) und der „Föderation Internationale des Sociétés de Libres Pensées“ (F.I.P.) kam. An der Spitze der letzteren hat auch Wilhelm Piebisch Platz genommen. Die neue Freidenker-Internationale nimmt am 1. Januar 1932 unter dem Namen „Internationale Freidenker-Union“ ihre Tätigkeit auf.

Den Auftakt zum Freidenker-Weltkongress gab am Freitag, den 4. September, abends, eine mächtige Demonstrationssitzung der Berliner Arbeiterklasse unter der Parole „Internationaler Kampf gegen Kulturvolkstum“ in der „Neuen Welt“.

Auf dem Kongress waren folgende Länder vertreten: Deutschland, durch den Deutschen Freidenker-Verband und den Monistenbund, Frankreich, Belgien, England, Desterreich, Tschechoslowakei, Holland, Schweiz, Polen und Portugal. Dem italienischen Genossen hatte Mussolini den Fuß verweigert. Begrüßungen des Weltkongresses waren eingegangen aus Nordamerika und Letland.

Im Namen der „Sozialdemokratischen Partei und der Reichstagsfraktion“ begrüßte Gen. Franz Künster die Delegierten. Im Namen der Freien Gewerkschaften brachte Gen. Siegel dem Kongress deren Grüße und betonte die innerliche Verbundenheit von Kultur- und Sozialpolitik. Für die preussische Landtagsfraktion sprach Gen. Otto Meier. Gen. Löwenstein überbrachte die Grüße der Reichsgemeinschaft der Kinderfreunde und Gen. Vinko sprach für den Bund Freier Schulgenossen.

Das erste Referat über die Jugendziehung hatte Dr. August Siemsen übernommen. Er schilderte die fürchterliche Not der heutigen Jugend und legte deren tiefere Ursachen bloß. Nicht die bürgerliche Gesellschaft und die kirchliche Moral kann die Not der Jugend bannen, sondern die sozialistische Idee muß in den Vordergrund von Leben und Kampf der Jugend gestellt werden. Die Revolutionierung der Rasse muß von der Jugend selbst in Aktivität, von der Rebellion zum revolutionären Klassenkampf führen.

Berlin, 8. Sept. Den Höhepunkt des Freidenker-Kongresses bildete das Referat des Gen. Max Sievers über „Klerikalismus und Faschismus“. Der Referent wies auf die Vorgänge im Lager der

seitens der Volksvertretung und der Regierung, die sich ja bekanntlich wiederholt mit dieser Frage beschäftigt haben, um eine Lösung des Waldbesitzes und damit vieler Gemeinden abzuheben.

Spargutachten und Amtskörperschaften

Zu obigem Thema sendet uns Regierungsrat Dr. Korman nachfolgende Zeilen, die angesichts der jetzigen Behandlung der Frage das Interesse unserer Leser finden werden.
„Manche der von der Spartkommission gemachten Sparvorschläge sind in der Öffentlichkeit auf starken Widerstand gestoßen, am meisten wohl der Vorschlag der Bildung von Amtsbezirken (Kreisbezirken). Das Für und Wider dieser Einrichtung soll nachstehend kurz erörtert werden.“

Das Land Baden nimmt mit seiner Verwaltungsorganisation eine Sonderstellung im Reich ein. Eine Verbindung der unterstaatlichen Verwaltungsbehörden (Bezirksämter) mit einem Verwaltungsorgan — wie in den anderen Gliedstaaten — ist bei uns; es müßte deshalb in den letzten 15 Jahren drei Mal bei anderen Organisationsversuchen werden. Im Jahre 1915 — die Kommunalverbände, im Jahre 1921 die Wohnungsverbände und drei Jahre später zur Erfüllung der Aufgaben der abgelehnten Spargutachten die Bezirksfürsorgeverbände. Jeweils wurden hierbei die einzelnen Gemeinden eines Amtsbezirks zu einem Verband zusammengefaßt, während Städte über 10 000 Einwohner einen Verband für sich bildeten. Die Aufgaben dieser Verbände wie die der bestehenden Kreise hätten künftig nach dem Vorschlag der Spartkommission — unter Aufhebung der Kreise und Verminderung der bestehenden 40 Amtsbezirke um deren 18 die neu geschaffenen Amtsbezirke zu erfüllen. Die derzeitige Organisation, nämlich Kreisverfassungen und Kreisrat in Betracht kommen, würde übernommen werden, so daß die bisherige Selbstverwaltung insofern bestehen bliebe.

Daß die Aufhebung von 13 Bezirksämtern für die Bevölkerung die künftig einen weiteren Weg zur Amtsstadt zurücklegen hat, eine Vereinfachung bedeutet, verkennt das Gutachten nicht; auch nicht, daß die Amtsstadt, die bisher ein gewisses Kulturzentrum bildete, das auch — ganz allgemein — Verkehr in die Stadt brachte. Diese Nachteile könnten jedoch, glaubt das Spargutachten, durch die heutige Entwicklung des Kraftwagenverkehrs und durch Abhaltung von Amtsanlagen gemindert werden.

Sind die Gründe der Kommission für eine Aufhebung der Kreise und deren Vereinigung mit den Amtsbezirken — zwecks entlastender Verwaltungsorganisation wie im Reich und aus Sparsamkeitsgründen — zu verstehen, so fehlt es an durchschlagenden Gründen für eine Aufhebung von 13 Bezirksämtern. Die Aufhebung soll erfolgen, am Leistungsfähigkeit der Amtsbezirke zu schaffen und um die Verwaltung unlichter zu vereinfachen. Die zu bildenden 27 Amtsbezirke sind aber — nach dem Gutachten — auch nicht lebensfähig, da ihre sämtlichen Aufgaben von erst zu bildenden größeren Verbänden geleistet werden sollen. Die Zahl der Amtsbezirke soll — wie in Württemberg — einem Landesfürsorgeverband übertragen werden, der durch Zusammenfassung der Amtskörperschaften neu eingerichtet wird. — Für die Kreisräte, deren Neubau und Unterhaltung die finanziell wichtige Aufgabe des Kreises war, wird es sich nicht vermeiden lassen, eine neue Stelle zu schaffen oder eine vorhandene Stelle zu benützen und zu diesem Zweck eine Mehrzahl von Amtsbezirken zu Wegerebenen zusammenzufassen. — Für den Rest der Selbstverwaltungsaufgaben aber (Unterhaltung der Kreisverwaltungen, landwirtschaftliche Winterkassen, Haushaltungsschulen, Fürsorgeämtern) sollen Zweckverbände gegründet werden.

Solche Verbände können aber nicht einzeln der jetzt bestehenden 40 Amtsbezirke genau so gut gebildet werden wie von den 27 neuen zu schaffen. Wenn Württemberg, dessen bisherige Verwaltung durch das Spargutachten immer wieder festgesetzt wird, seine 62 Oberämter (Amtsbezirke) beibehält, ist nicht einzusehen, warum Baden, das bereits im Jahre 1924 dreizehn Amtsbezirke abgebaut hat, seine 40 Ämter nicht beibehalten und mit entsprechenden Amtsbezirken verbinden soll. Daß dieser Abbau übrigens überhaupt eine Ersparnis gebracht hat, ist bisher durch keine der sonst so mannigfachen Statistiken bewiesen worden.

Der Abbau von weiteren Bezirksämtern belastet nicht allein die Bevölkerung neuerdings, sondern er bedeutet vor allem eine wesentliche Verschlechterung der Verwaltung. Gerade die letzten wirtschaftlichen Verhältnisse verlangen Verwaltung an Ort und Stelle, nicht aber vom armen Tisch aus. Deshalb bedeutet auch das Heilmittel Sparten von „Dienststellenkosten“ einen schweren Fehler. Der Verband oder Oberamt, wie er früher hieß, ist und muß der Vertraute der Bevölkerung sein, der besonders den Landgemeinden hilfreich zur Seite steht. Wobin es uniere kleinen und großen Städte ohne diese — leider naturgemäß — Aussicht gebracht haben, sei es hier — nicht nur wegen ihrer Verhältnisse — zusammengebrochen Gemeindebehörden, Staatsaufsicht im Volksstamm bedeutet aber wahrhaftig keine Verarmung.

Wesentlich der jetzt bestehenden 40 Bezirksämter und Verbindung von Selbstverwaltung mit Staatsbeamtentum, wie sich diese in den Amtsbezirken darstellt, wird die richtige Mitte halten, die eine Verwaltung leistungsfähig gestalten kann.“

internationalen Reaktion hin und demonstrierte an den politischen Forderungen des Väterchen-Vertrages und des italienischen Kontrabass die enge Bundesbrüderlichkeit zwischen Klerikalismus und Faschismus. Eindringlich warnte er vor einer Ueberhöhung der Differenzen zwischen Kirche und Faschismus, die nicht ideologisch bedingt seien, sondern Erscheinungen des Kampfes um die Machtstellung darstellten. Diese Behauptungen bewies er durch sehr instruktives Material. Die Kirche habe sich in allen Ländern für den Faschismus entschieden. Sie ist ein Feind der Arbeiterklasse geworden. Deshalb müßten alle Freidenker der ganzen Welt sich in die große antifaschistische Front aller sozialistischen Organisationen einreihen. Die Kirche habe sich am Blutergüsse des Faschismus mitschuldig gemacht. Die Freidenker müßten deshalb dafür sorgen, daß das Volk das Urteil über diese Taten vollstrecke.

Die beiden anderen Vortragsstemen informierten über die Kolonialpolitik der Kirche und die Stellung der Wissenschaft und Technik zur Metaphysik. Die Referenten — Boulanger (Frankreich) und Boonig (Holland) — förderten wertvolles Material heraus, das die notwendige Ergänzung der Hauptreferate darstellte.

Das vorläufige Statut der Internationalen Freidenker-Union wurde einstimmig genehmigt. Darauf erfolgte die einstimmige Annahme einer Resolution, deren wichtigste Sätze lauten:

„Die Freidenkerbewegung muß sich unmittelbar im Zusammenhang mit den politischen Taten in die internationale Kampffront der Gegenwart einreihen. Die Freidenkerbewegung ist an keine politische Partei gebunden, noch an eine Partei angegliedert, aber ihr Leitgedanke ist der Sozialismus. Ihr Ziel ist eine Gesellschaftsordnung der politischen, ökonomischen und kulturellen Freiheit. Denn nur eine sozialistische Gesellschaftsgestaltung ermöglicht die ungestörte Entwicklung des freien Geistes. In diesem Sinne hat die Freidenkerbewegung die Aufgabe, die sozialistischen Parteien in ihrem Kampf gegen den Faschismus zu unterstützen. Um diese Aufgabe zu erfüllen, ist es notwendig, in allen Ländern eine freidenkerliche Massenbewegung zu entfachen.“

Das Schlußwort des Vorsitzenden des Deutschen Freidenkerbundes, Gen. Sievers, in dem er kurz den Kampf der deutschen Arbeiterklasse gegen den Faschismus und Chauvinismus schilderte, löste förmlichen Beifall aus. Mit dem gemeinsamen Schluß der Internationalen wurde diese historische Tagung geschlossen.

Badische Notgesetze genehmigt

Die Opposition hat das Wort - Finanzminister rechnet mit Deutschnationalen ab - Die zweite Rednerreihe - Abrechnung mit der Opposition - Schluß der Debatte - Notgesetze werden mit großer Mehrheit angenommen

h. w. Karlsruhe, 9. September.

In der Vormittags-Sitzung führte die Opposition das große Wort. Vorher sei gesagt, daß keine der drei Parteien, die zum Worte kamen, der Aufforderung des Finanzministers nachkamen und positive Vorschläge machten, wie sie nun sich einen Ausweg aus der Krise denken, welche praktischen Vorschläge sie zu machen hätten, um die Krise zu überwinden. Der Kommunist Leichter kam wissenschaftlich, er zitierte Marx und zerpflückte auf akademische Weise die Sozialdemokratie an. Als das Haus drohte, vor Langeweile einzuschlafen, verübten Böning und Klausmann Lärm und Standal, um trotz des „Akademikers“ Leichter zu bewahren, daß die Hauptkräfte der Kommunisten immer noch in der Lunte liegt. Herr Berggöb über dem Evangelischen Volksdienst ist ein schlechter Redner; wenn er dann noch ein schlechtes Manuskript vor sich liegen hat, wird die Sache immer fatal. Mit Gelächern und Tratschweissenheiten läßt sich der Not nicht mehr beikommen. Die Deutschnationalen bewiesen wieder mehr als sonst, daß sie keine die Macht und die Bedeutung, desto größer die Anprüche und das Mundwerk. Schon drei Redner dieser Partei sind bereits zu Wort gekommen. Herr Bauer hielt seine deutschnationale Jungfernrede. Wann er seine nationale sozialistische Jungfernrede halten wird, dürfte nur eine Frage der Zeit sein. Dann wäre wenigstens ein Mann bei den Nazis, dem man wirklich und ehrlich glauben kann, daß er an der Front war. Als Redner ist Herr Bauer immer noch der Ältel. Er redet drauf los, wie es ihm die Stimmung einflößt, gleichgültig, ob es seinen Parteifreunden paßt oder nicht. Was er bezüglich der unerhörten Rentenerhöhung der Kriegsschädigten sagte, muß jeder, der im Felde war, unterschreiben und unterzeichnen. Der Herr Brüßler, der Mann, der noch etwas lernen sollte, redete wieder mit der ihm eigenen Heberbescheidenheit. Der Herr verwehrt immer noch den Landtag mit einer Verbindungsbahn. In deren Fülle ist ein „alter Herr“ eine Bierede hält. In der letzten Rede, akademisch umbrämte Bosheiten und Anspielungen, überhebliche Angriffe auf die Gegner, das ist die Art, wie der Herr Brüßler im Landtag aufzutreten beliebt. Die Abrechnung mit dem Finanzminister Dr. Mattes dem Herrn futz und knapp zuteil werden ließ, war herzerfröhlich und gab der Vormittags-Sitzung einen ausgezeichneten Abschluß.

Nachdem die Opposition so gänzlich verfaßt hatte, wäre eigentlich eine zweite Rednerreihe nicht nötig gewesen. Aber es ist mal so Tradition und Tradition muß im Parlamentsbetrieb unter allen Umständen hochgehalten werden. Verlorene und vergebliche Arbeit war es allerdings nicht, die geleistet wurde, denn es wurde von dem Abg. Dr. Föhr, unterm Gen. Graf, sowie dem Abg. Mentz in einer herzerfröhlichen Weise mit der Opposition abgerechnet. Auch am heutigen Tage beherrschten die Regierungsparteien das Feld. Die abschließende Annahme des heftig umstrittenen Notgesetzes mit 55 Stimmen gegen 17 Stimmen bedeutet ein Vertrauensvotum für die badische Regierung, das in den gegenwärtigen Zeitläuften und den bestehenden besonderen Verhältnissen sehr beachtlich ist. Nun wird die Beratung des Spargutachtens folgen.

56. Sitzung

h. w. Karlsruhe, 9. September 1931.

Die Aussprache über die Regierungserklärung und die Notgesetze wird heute fortgesetzt.

Abg. Leichter (Komm.)

bezeichnet die Regierungserklärung als den Ausdruck der Hilfslosigkeit des kapitalistischen Systems. Karl Marx habe alles vorausgesagt. Der Redner bemerkt dies mit der Verlesung einer Reihe von Zitaten aus den Werken von Marx. Der Redner bezeichnet den Nationalsozialismus das Recht, die Sozialdemokratie als Feind zu betrachten, denn der Marxismus der Sozialdemokratie sei nur eine Verballhornung der Lehren von Marx! Zur Regierungserklärung meint der Redner, man könne auf sie ein Wort Lauters anwenden: Hier steht ich, ich kann nicht anders, Gott helfe mir. Amen! Der Redner behauptet, das Notgesetz sei schon von der Regierung beschlossen gewesen, als der Landtag noch bellamnen war. Die wertvollen Massen müssen einer solchen Katastrophenpolitik ein Ende machen. Der Gehaltsabbau soll weiter fortgesetzt werden. Die Regierung verdiene schärfste Gegenwehr, die kommunistische Fraktion habe deshalb ein Misstrauensvotum eingebracht! Eine weitere Episode gab es, als der Nazi-Abgeordnete Roth den Abg. Leichter fragte, warum Russland den deutschen Kapitalisten Ausbeutern Aufträge gäbe? Herr Leichter mußte auf die Anfrage nichts zu entgegnen, Herr Böning aber entgegnete Herrn Roth: Daron verleben Sie nichts! - Die Seite des Zentrum gegen die Sowjetunion sei verlogen. - In dem Ausführungsplan des Abg. Reinhold über die Auslieferung des Herrn Leichter unter allgemeiner Betorkel, Herr Reinhold habe sich ein Schmutzstück zusammengesucht, um ihn über Russland aussaugen zu lassen. Unter heftigen Ausfällen gegen die Sozialdemokratie bezeichnet Leichter die Festhaltung des Abg. Reinhold, die Sowjetunion über den Lohndruck auf die deutschen Arbeiter aus. Auf einige berechtigte Zwischenrufe aus der sozialdemokratischen Fraktion, wobei der Abg. Klausmann als Streikbrecher bezeichnet wurde, erlitten die Kommunisten einige Lobwortsanfänge, sie brüllten in der heftigsten Weise die sozialdemokratischen Abgeordneten an; die Abgeordneten Arnold und Klausmann erhielten Ordnungsrufe. Klausmann nannte den Abg. Arnold einen Dulaken und ebenen Verleumder. Währenddem singt Herr Leichter sein Loblied auf seine geliebte Sowjetunion weiter! Zur Abwechslung balgte sich der Redner auf einige Zeit mit den Nationalsozialisten herum. Im Ganzen eine oberflächliche, inhaltslose Rede, dafür aber herausfordernd und provozierend bis zum Nebersten.

Zur Abwechslung erlittete Abg. Dr. Föhr Bericht über drei Gesetze, die nachträglich eingelaufen sind und sich mit dem Notgesetz befassen.

Der Antrag des Ausschusses geht dahin, die Gesetze durch die Beschlüsse zum Notgesetz für erledigt zu erklären. - In der weiteren Aussprache verliert

Abg. Berggöb (Ev. Volksp.)

eine Rede, in der festgehalten wird, daß die Lage des Volkes ernst ist. Das Vorhaben der Parteien in England beruhe wohlklingend! Warum sei in Deutschland nicht möglich? Die Gehälter namentlich der oberen Beamten, seien zu hoch. Richtig sei eine durchgreifende Besoldungsreform. Für das Spargutachten kündigt der Redner eine Reihe von Vorschlägen an. Dem Notgesetz stimmt die Fraktion zu. Der Redner fordert Senkung der Lebensmittelpreise.

Abg. Bauer (D.Nat.)

richtet zu den Beamtenfragen und begründet einige Anträge seiner Gruppe. Der Redner wendet sich gegen einen Ausbruch auf dem Katholikentag, das katholische Volk habe 1918 Deutschland gerettet. Wo ist denn etwas von Rettung von Deutschland zu sehen? Es müßte eine Umkehr gegenüber dem, was bis jetzt geschehen, erfolgen. Die Hoffnung, daß mit dem Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung, diese Umkehr erfolgen werde, ist nicht verwirklicht worden. Der Redner vertiert sich dann in Einzelheiten, wobei er nach seiner Gewohnheit sich und seine Tätigkeit in das übliche Belle

Nicht stellt. Man müsse beim Sparen oben anfangen. Die Aufwandsentschuldigungen sollten aufgehoben werden. Es ist zu verstehen, daß der Staat von seinen Beamten Unterordnung verlangt - aber die Aufhebung der Beamten ist verständig. Der Beamte muß Opfer bringen, denn er ist auf Gehalt und Verdienst mit dem Staate verbunden. Die Gehaltserhöhung von 1927 war ein kapitaler Fehler. Scharf wendet sich der Redner gegen die durch die Reichsnotverordnung eingeführte Kürzung der Renten der Kriegsschädigten. Diese Leute hätten aus der Notverordnung herausgehoben werden sollen.

Als dritter Redner der Deutschnationalen läßt sich

Abg. Dr. Brüßler

über Regierungserklärung und Notgesetze aus. An der Behauptung von dem Zusammenbruch der badischen Finanzpolitik halte er, der Redner, heute noch fest. Im weiteren spricht der Redner zum Notgesetz vom Standpunkt der badischen Gemeinden. Er zitiert hierbei eine Anzahl Zeitungsausschnitte gegen das Notgesetz. Die Bemerkung, aus der Inflation seien wir durch die zentrale Tat eines einzelnen Mannes, Seiffert, herausgerettet, löste Heiterkeit aus. Trotz trotterter Finanzen bellerte feinerseits Finanzminister Dr. Köhler die Beamtengehälter auf. Der Redner stellte sich vollkommen auf die Seite der badischen Gemeinden. Nicht die Gemeinden haben die Staatsautorität untergeben, sondern das hat die Regierung getan. Der Staat treibe eine St. Florianspolitik. Die Selbstverwaltung sei eingestraft worden fast am Tage, als man den Freiherren vom Stein feierte.

Minister Dr. Mattes

nimmt zu einleiten bis jetzt in der Debatte angegriffenen Fragen Stellung. Er weist namentlich dem Abgeordneten Dr. Brüßler eine Reihe Unrichtigkeiten in seinen Darlegungen nach. Was der Staat für Kulturaufgaben heute aufweist, zeigt eine Gegenüberstellung der Ausgaben für diesen Zweck im Jahre 1913 und heute. 1913 wurden 14 Millionen aufgewendet und heute 66,5 Millionen. Wie kann man da davon sprechen, die Schulläusen würden die Kultur gefährden. (Allgemeine Zustimmung.) Die, die heute sich so sehr auf den Freiherren vom Stein berufen, gehören zu denen, deren Vorgänger feinerseits den Freiherren vom Stein aufs schärfste bekämpft haben. (Stürmische Zustimmung bei der Mehrheit.) - Gegen 1/2 Uhr wird die Sitzung geschlossen und Weiterberatung auf nachmittags 1/4 Uhr anberaumt.

57. Sitzung

Am Nachmittage kam die zweite Rednerreihe zum Wort.

Abg. Dr. Föhr (Zentr.)

weist zunächst in ruhiger, fast zu sachlicher Weise nationalsozialistische Angriffe auf den Abg. Dr. Baumgartner zurück. Zum Notgesetz stellt der Redner fest, daß von keiner Seite andere Vorschläge gemacht worden seien, daß niemand einen anderen, besseren Weg gezeigt habe, die Opposition hat keine Änderungsvorschläge gemacht. Eingehend befaßt sich dann der Redner mit dem Abg. Dr. Brüßler, der abnungslos in die Ferien gegangen und abnungslos zurückgekommen sei und auch jetzt kein Wissen nicht bereichert habe. Die Angriffe Dr. Brüßlers auf den früheren Finanzminister Dr. Schmitt weist Abg. Dr. Föhr scharf zurück. - Bezüglich der Regierungsbildung stellt der Redner fest, daß es in der demokratischen Partei auch Kreise gibt, die anders denken wie der Abg. Köhler. Von prominenter demokratischer Seite wurden schon vor längerer Zeit Forderungen ausgesprochen, der Redner gibt einige weitere Internas aus den Verhandlungen über die Erweiterung der Regierung herblamable Rolle in dieser Angelegenheit gespielt haben. Dr. Föhr betont, die Regierungsbahse könne gar nicht breit genug sein, das Zentrum wolle nicht allein herrschen. Was die Nationalsozialisten an Ideellen vorbrachten, könnte aus unserem Programm gestrichelt sein. Mit welchem Recht wollen aber die Nationalsozialisten eine große Partei, hinter der die Massen der Arbeiter stehen, von der Regierung ausschließen? Ist das die Volksgemeinschaft, von der es sprechen? Eine Politik mit den Nationalsozialisten zu machen, lehnt Redner ab, solange sie so sind wie heute. Die gegenwärtige Not hängt doch nicht zusammen mit dem System oder der Demokratie. Das kommt doch von den großen wirtschaftlichen Umwälzungen, die sich in der ganzen Welt abspielen, Deutschland aber ganz besonders getroffen haben. Wir haben den Glauben, daß wir es schaffen können, wenn nur die Mehrheit des deutschen Volkes es schaffen will.

Abg. Graf-Pforzheim (Soz.)

Wir haben vergeblich auf Vorschläge der Oppositionsparteien gewartet. Was sie aber brachten, waren inhaltslose Redensarten. Wie es besser und anders gemacht werden soll, hat kein Kritiker gesagt. Von der Opposition der Demokraten kann man sagen, ein bißchen Lieb, ein bißchen Treu, aber auch ein bißchen Verzögerung war auch dabei. (Seitertel.) Daß die Demokraten allein die Kulturwächter im Lande sein wollen, wird bestritten werden. Denn die demokratischen Kultusminister kamen dem Zentrum doch sehr entgegen. Abg. Köhler verteidigt die Auffassung, wir sollten Außenpolitik mit Italien und England machen. Das ist ein Resonanz, das keinen Erfolg verspricht. Mit Italien, das im Kreise sich gegen uns verhält, wie jetzt Herr Siller gegen den Nationalsozialisten vorgeht, und machen nicht die Dummheit, die ihnen zur Macht verhelfen würde. Die Krise ist eine internationale. Sie kann auch nur international gelöst werden.

Wir waren nie in der Mehrheit.

Auch im badischen Lande war die Sozialdemokratie immer in der Minderheit. Merkwürdigerweise hat man hier im Hause bis jetzt noch nicht gehört, daß der Marxismus an allem schuld ist. Bei den Nationalsozialisten beginnt die Geschichte erst 1918. Von der Zeit, wo wir noch einen annehmbaren Frieden hätten haben können, weiß man nichts. Ein konsequenter Führer, Herr von Seydewitz und der Kaiser, sagte einst:

Wir sind belogen und betrogen worden.

Selbst wenn es wahr wäre, daß Heffertich die Mark stabilisiert hat, dann hätte er nur gut gemacht, was er im Kriege geleistet hat. Die Mark zu stabilisieren war kein Kunststück, denn als die Herr auf Wall stand, verlangte die Großbank die Stabilisierung. Herr von Schlieben war der Erste, der den Raubzug auf die Gemeinden begann. Wir haben nicht nötig, unsere Minister aus dem Auslande zu importieren, wie z. B. den Herrn Frit für Thüringen aus Bayern. Die ironische Bemerkung des Nationalsozialisten gegenüber unserem Minister Water ist deplaziert.

In Russland besteht das Drucksystem noch viel amerikanischer wie in Amerika selbst. In waldreichen Gemeinden gibt es 400-500 arbeitslose Waldarbeiter, weil

Russland das Holz zu Schienenweisen auf den Markt wirft. Der freie Wettbewerb auf dem Weltmarkt wäre für die Arbeiterschaft viel besser, wie die Methode Russlands. Wir wollen eine Politik, die die Interessen der arbeitenden Schichten fördert. Wir wollen keine Katastrophenspolitik. Es ist deshalb ein Verbrechen, wenn man die Gewerkschaften, das stärkste Bollwerk gegen den Kapitalismus, erschlagen will.

Wir sind entschiedene Anhänger der Selbstverwaltung. Die Einstellung der Deutschnationalen geht doch mehr auf Diktatur, anstatt auf Selbstverwaltung. In Pforzheim haben die Deutschnationalen noch eine Erhöhung der Beamtengehälter propagiert, als unten schon abgebaut wurde. Wenn man den Gemeinden wirklich helfen will, dann muß eine große Vereinfachungsreform kommen. Der große überflüssige Apparat muß vereinfacht werden. Die

Verhältnisse haben sich überholt, daß man heute allseits einzieht, daß einschneidende Maßnahmen nötig waren. Die Gemeinden haben eine schwere Existenz. Die Beunruhigung muß behoben werden. Es muß ein Verhältnis des Vertrauens zwischen Regierung und Gemeinden geschaffen werden.

Wenn die sozialen Ausgaben gekürzt werden, wird die Fürsorge belastet. Es sind immer noch Dinge da, wo man auf dem Wege der Notverordnung noch mehr holen kann. Wir können den Almosenweg ab und verlangen eine Sozialpolitik, die einen Rechtsanspruch gewährt. Wir tragen die Verantwortung mit, weil mit es im Interesse der Arbeiterschaft nicht zu einem Zusammenbruch kommen lassen wollen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Schmidt-Bretten (Bauern u. Wirtschaft.)

erklärt, daß er gegen das Notgesetz stimmen werde aus persönlichen und politischen Gründen. Oberste Forderung, daß es anders werden soll, ist, daß die Männer, die uns in diese Zustände gebracht haben, verschwinden. Dann wird es schon anders werden! Der Redner behauptet weiter unwahrheitsgemäß, sozialdemokratische Wähler, auch die Mannheimer Volkstimme, hätten zum Austritt aus der Kirche aufgefordert. Im übrigen war die Rede des Herrn Schmidt eine ausgesprochene Anbiederungsrede an die Nationalsozialisten. Der Redner sprach im weiteren über den Reichsanwalt Bethmann-Hollweg und Michaelis und ähnliche Dinge mit der badischen Landespolitik in enger Beziehung stehende Dinge.

Abg. Mentz (D.P.)

bemerkte, die Demokratische Partei habe in ihrer Führung eine Zerissenheit angesetzt, die nichts mehr zu wünschen übrig gelassen habe. Die Demokraten haben nicht so loyal gehandelt, wie es einem Partier einer Arbeitsgemeinschaft gebührt hätte. Der Vorwurf, die Deutsche Volkspartei hätte das Kultusministerium dem Zentrum ausgeliefert, fällt in sich zusammen. Ein Kampf, der mit Schlagworten geführt wird, ist bedenklich. Kein Mittel sollte gekehrt werden, um die Basis der Verantwortung zu erweitern. Man kann unmöglich die Millionen Menschen, die hinter der Sozialdemokratischen Partei stehen, von der Verantwortung ausschließen, wenn sie diese Verantwortung tragen wollen.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird gegen 16 Stimmen angenommen. Es folgten die

Abstimmungen

Das Notgesetz vom 9. Juli 1931 wird mit 55 gegen 17 Stimmen angenommen. - Die Notgesetze betreffend Ausfallgarantie für Lieferungsgehilfen nach Pforzheim werden mit 69 gegen 1 Stimme bei 3 Enthaltungen genehmigt. Das zweite Notgesetz, Bürgerpflicht für die Sparkassen, wird ebenfalls angenommen. - Ueber eine Entschädigung des Evangelischen Volksdienstes entspringt sich eine längere Geschäftsordnungsdebatte. Die Entschädigung wurde schließlich zurückgezogen. Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Die Sitzung wird gegen 7 Uhr geschlossen. Die nächste Sitzung wird vom Präsidenten verschoben werden.

Sozialdemokratie und Föderalismus

Aus der Rede des Abg. Reinhold seien nach dem Stenogramm noch die Sätze wiedergegeben, in denen er sich mit dem Abg. Dr. Baumgartner über den Föderalismus auseinandersetzt. Abg. Reinhold führte aus:

Es wurde von meinem Vordredner, Dr. Baumgartner (Ztr.), der Standpunkt eingenommen, daß die Eigenstaatlichkeit und das Eigenleben der Länder gewahrt werden soll. Ich weiß nicht, was an Eigenleben bei uns im Lande Baden eigentlich noch vorhanden ist. Die kleineren Länder sind doch nichts mehr als Verwaltungsstellen einer Reichsregierung. Ich meine bei aller Objektivität und bei aller Anerkennung auch gewisser Traditionen, kann man doch nicht an der Tatsache vorbeigehen, daß ein Eigenleben der Länder doch heute schon nicht mehr vorhanden ist. Auch wenn man, wie der Herr Ministerpräsident von Bayern immer noch in solchen Ausdrücken sich ergeht, bleibt eben doch die Tatsache bestehen, daß wir einfach das durchzuführen haben, was von der Reichsregierung heute als notwendig anerkannt worden ist. Was wir heute an Notverordnung verabschieden, ist nichts anderes als der Ausfluß oder die Auswirkung des Diktats der Reichsregierung. Steuerrechte haben wir keine, höchstens in der Hinsicht, daß wir eine gewisse Staffelung bei den einzelnen Steuerarten im Vollzug der Erhebung durchführen können. Wir sind auf die Mittel angewiesen, die uns durch die Reichssteuergelehnung gegeben werden. Wir meinen, daß diese allzu harte Betonung des föderalistischen Gedankens heute durch die Zeitverhältnisse überholt ist und es bleibt ja schließlich ein hervorragendes Merkmal, daß an dieser Entwicklung süddeutsche Politiker einen hauptsächlichsten Anteil haben, denn die einzelnen Reichsregierungen seit dem Jahre 1918 wurden immer stark besetzt mit Politikern, die teilweise aus Baden und Württemberg und anderen süddeutschen Ländern herorgegangen sind. Es scheint also doch ein gewisser Zwang anderer Art noch vorhanden zu sein, daß die Männer, die als starke Föderalisten auch bei uns in den badischen Landtag waren, in dem Moment, wo sie in die Verantwortung der Reichsregierung hineinkamen, auf einmal, wenn auch nicht ausgenutzt, so doch auf erkennbare Antiaristen geworden sind. (Abg. Dr. Baumgartner: Spreewasser!) Herr Kollege Föhr, merke, ob sie nicht auch noch dieser Wandlung unterliegen. (Abg. Dr. Föhr: Ich? Da ist keine Gefahr! - Seitertel.) Man soll niemals „niemals“ sagen. - Wir vertreten also die Auffassung, daß bei der Durchführung des Spargutachtens oder bei der Durchführung der Maßnahmen auf Grund des Spargutachtens eine organische Gliederung in dem Sinne erfolgen muß, daß der Einheitsstaat der Gelehnung in Deutschland die Wege gebnet werden.

6 Anschaffungstage

vom 10. bis 16. Sept. 1931!

In allen Abteilungen unserer Häuser:
Werderplatz, Kaiserstraße 95,
Mühlburg

billige Sonder-Angebote

Beachten Sie bitte unsere Schaufenster!

SCHNEYER



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

10. September
1806 Sprachforscher Job. Chr. Adelung. — 1878 Korlage des zweiten Sozialistengesetzes. — 1911 Sozialistischer Parteitag Jena. — 1917 Beginn der russischen Gegenrevolution. — 1919 Österreich unterzeichnet den Friedensvertrag. m. Ent. — 1926 Dänischer Dichter Jeppe Aakjær. — 1926 Deutschland erscheint erstmalig im Völkerverbund in Genf.

Der letzte Tag

Es ist der letzte Gang zur Arbeitsstätte. Zum letzten Male geht man durch das Tor und steckt seine Karte in die Kontrolluhr. Der Raum, der mir in dreizehn Jahren anheimelnd und vertraut wurde — ist mir heute fremd. Heute ist er kalt und nüchtern trotz der vielen Jahre, die ich in ihm verbracht. Fremd fühle ich mich, fremd allem gegenüber. Der Kontakt zur Arbeit — zum Werk — zu den Dingen ist verloren. Tragendwo ist eine Leere — ist etwas, was heute nicht ausgefüllt ist. Eine Leere, die weit und bodenlos scheint. Eine Leere, in die der Mensch verfiel.

Der letzte Werktag dehnt sich endlos lange. Keine Arbeit will recht von der Hand gehen. Die Konzentration zum Schaffen fehlt. Selbst die vertrauten Gesichter der Mitarbeiter scheinen fremd. Man sieht ihre Rückseite den Entlassenen gegenüber. Man kann es sehen und registrieren, aber man fühlt es nicht. Gehirn und Körper sind schwer, wie gelähmt. Man wünscht das Ende des Tages. Der Zeiger der elektrischen Uhr im Raume scheint unbeweglich. Er macht Sekunden zu Minuten und Minuten sind wie Stunden.

Eine halbe Stunde vor Arbeitschluss wird man zum Personalbüro gebeten. Und ein wenig später hat man ordnungsgemäß seine Entlassungspapiere in Händen. Es fehlen noch wenige Minuten bis zum schrillen der Sirene. Noch vier Minuten, noch drei Minuten, noch zwei Minuten zählt man — und pünktlich heult die grelle Fabrikssirene über das Fabrikgelände. Der Lärm des Wertes ebbt ab. Um bald ganz zu verstummen. Der Werktag ist zu Ende.

Den Kollegen reicht man zum Abschied die Hand, spricht noch ein paar Worte zusammen. Sagt sich gegenseitig Worte, die einem einen gewissen Trost bieten sollen und die Zukunft nicht zu schwarz sehen sollen. Dazwischen packt man seine paar Utensilien ein, die man im Werk gebrauchte. Persönlich ist man froh, daß dieser Tag sein Ende erreicht hat. Der letzte Werktag ist eine Qual und bereitet seelische Schmerzen.

Und dann die Mäpfe unter dem Arm geht man über den holprig gepflasterten Fabrikhof. Man wirft noch einen Blick auf das graue Verwaltungsgebäude, in dem man dreizehn Jahre auf dem Büro gesessen. Gemächlich schreitet man durch das hohe eiserne Tor — zum letzten Mal. Der Wächter grüßt — zum letzten Mal. Langsam wendet man sich heimwärts und der Gedanke: „Morgen mußst du dich am Arbeitsamt anmelden“ juckt durch das Hirn.

Kommunistische Beamtenjorgen

Die kommunistische Beamtenversammlung am Dienstag abend in der Festhalle hat trotz der „anonymen“ Ankündigung nicht die große Masse der Beamten auf die Beine gebracht. Als vor einiger Zeit bei den Nazis der „Diktator“ gesprochen hat, war es ähnlich. Auch dort hat man alles was Beine hatte, geholt und dann eröffnete der Beamtenschaft die Versammlung. Die Kommunisten waren vorsichtiger, absehbare, daß sie vor lauter Vorwitz um den Beleg überhaupt keinen Namen auf das Plakat und die Ankündigungen gesetzt haben, waren aber auch die Anstalten und die Arbeiter erwähnt. Wer nicht einmal ein Beamter war Leiter der Versammlung! Also warum Beamtenschaft?

Der Böning hat es sich nicht nehmen lassen, die Nazis in Volksfreund gleich vorzunehmen. Natürlich war es Schwindel in der Ankündigung. Aber warum auch nicht. Recht langweilig Reden hielt auch darüber weg und lieber eine neue Umkleidekabine der Nazis, als ein Einverständnis der Nazis. Also es bleibt dabei: man hat nicht mehr den Mut, die eigene Firma zu nennen, sicher vor lauter Angst, der Saal reicht nicht aus. Der Reichstagsabgeordnete Totzler blüht nachher am Anfang seines Referates dieselben Töne. Aber alle Bezeichnung hilft ja nichts. Allmählich ist man gewöhnt, daß die Sozialdemokratie den Prügeln für die KPD, abgeben muß. Im übrigen war der Inhalt der Ausführungen des Redners, den er gegen die Notverordnung vorbrachte, schon von Anfang an mit allem Nachdruck von der Sozialdemokratie vertreten worden. Es ist sicher keine kommunistische Erkenntnis, daß sich die letzte Notverordnung insbesondere auf die wertvolle Bevölkerung auswirken muß. Oder der Kampf gegen die Pensionen der hohen Militärs usw. Hinsehen und sagen, nur wir sind wirklich dafür einsetzend, ist doch allerdings. Es ist doch ein leichtes die eigene Unfähigkeit oder den Mangel an Erfolgen immer nur auf andere zu schieben. Das ist doch eine sehr billige Kampfesweise. Daß alle unteren Beamten unbedingt Kommunisten sein müssen, ist für Totzler selbstverständlich. Nur die Schuld und die Reichswehrverbrechen werden ausgenommen. Warum denn eigentlich? Alles in allem: Ein verlorenen Abend für die KPD.

Kunstflüge mit 300 PS

Am nächsten Sonntag, den 13. September, wird Gerhard Pfeifer, der deutsche Kunstflugmeister, hier in Karlsruhe seine ganz besonders geordneten Kunstflüge vorführen. Pfeifer, welcher bekanntlich bereits im Sommer 1927 als erster einen Sturzflug in der Wäldertal, also mit dem Kopf nach unten, von Köln nach Bonn in 15 Minuten ausführte, und damit einen Weltrekord aufstellte, ist der Schöpfer neuer Kunstflugfiguren, die bis zu seinem Auftreten auch von den Fachleuten für unmöglich gehalten wurden. Während z. B. der Looping normalerweise nach oben, also mit steigender Maschine ausgeführt wird, zeigt Pfeifer die Flug mit fallender Maschine, also nach unten. Und nicht nur aus der Normallage, sondern auch aus der Rückenlage — und das ist das bedeutendste bei seinen Darbietungen — führt Pfeifer alle Kunstfiguren aus. Ganz besonders fällt, wie bereits mitgeteilt, bei den Vorführungen Pfeifers ins Gewicht, daß er ein nach seinen eigenen Angaben hergestelltes Flugzeug, die „Eierschwalbe“ hat, welche mit einem 200 PS starken Motor ausgerüstet ist. Das Flugzeug ist also gewissermaßen auf ihn „ausgeschitten“ und es ist daher kein Wunder, wenn Pfeifer mit seiner Maschine manövrieren so fein scheint. Pfeifer ist im wahrsten Sinne des Wortes „der steigende Mensch“. Er selbst erzählt u. a.: „Wie meine Figuren sind genauensinnig durchdacht. Unablässig beschäftigt ich mich auch mit der Flugtheorie. Jede Figur ist vorher bis in die Einzelheiten vorgedacht; auch die Höhe, in der ich einen Sturzflug mache, ist genau berechnet. Selbst wenn ich nur in 50 Meter Höhe einen Sturzflug mache, so ist das kein leichtsinniges Spiel der Gefahr, sondern ich bin mir klar, was ich tun muß. Natürlich ist im Moment alles Gefährliches; es liegt in den Fingerzügen und geschieht fast intuitiv. Erst bei der Landung wache ich aus der starken Konzentration wieder auf.“

Bei dem Flugtag wird auch eine Glühbirne-Flugschiff starten und zwar mit einem hochinteressanten Programm wie Paraglitterflüge, Geschwindigkeit, Ballonfahren, Luftturniere. Nicht weniger wirkt „Glühbirne“ die fliegende Zigarette“, wobei die Glühbirne von einem der Glühbirnenflieger durch die Luft geschleppt wird.

Schlußfeier der Arbeiterwohlfahrt

Rund 400 Kinder wurden dieses Jahr während der Sommerferien von der Arbeiterwohlfahrt den ganzen Tag betreut. 400 Schulkinder, erholungsbedürftig und meistens minderbemittelt, haben nach vielen Monaten durch die Notzustände bedingter körperlicher Entbehrung, mehrere Wochen körperliche und seelische Erholung genießen dürfen. Die Schatten des Daseins sind durch Sonnenstrahlen ersetzt worden. Die Arbeiterwohlfahrt, die Caritas der Sozialdemokratie, hat damit wieder ein edles Werk an einem Teil der Jugend des arbeitenden Volkes verrichtet.

Die Ferien- bzw. Erholungsfürsorge für Kinder der minderbemittelten Kreise ist für die Sozialdemokratie zwar kein Neuland, sondern die Sozialdemokratie darf als Pionierin dieser Fürsorge angesehen werden. Es ist notwendig, auf diese Tatsache bei dieser Gelegenheit wieder erneut hinzuweisen, schon deshalb, weil von gewissen Kreisen die Sozialdemokratie so gerne als materialistisch verurteilt und verleumdet und andererseits die Ferienfürsorge als eine Erfindung von bürgerlicher Seite hingestellt wird. Aber Tatsachen können nun einmal nicht aus der Welt geschafft werden. Und Tatsache ist es, daß die Frauenaktionen der Sozialdem. Partei schon vor dem Kriege sich der armen Ferienkinder annahm, sie an bestimmten Punkten während der Ferien sammelten, sie hinausführten in frische gelinde Waldesluft und ihnen stärkende Nahrung unentgeltlich verabreichten. Für Tausende und aber Tausende Großstadtkinder und deren Eltern wurden dadurch die Ferien der Kinder zu wirklicher Erholung. Die Kinder sind den Gefahren der Straße und der gesundheitschädlichen Stinkluft der Höfe der Hinterhäuser entrissen worden. Wie in anderen Großstädten, so ist dies auch in Karlsruhe geschehen, wo sich in unheimlicher, menschenfreundlicher Weise Parteigenossinnen zur Verfügung stellten und den armen Kindern die Ferien zu Wochen der Freude gestalteten. Einige Jahre nach dem Kriege wurden diese Ferien-spaziergänge zur örtlichen Erholungsfürsorge ausgebaut und es war nur zu selbstverständlich, daß die inzwischen ins Leben gerufene Arbeiterwohlfahrt sich in vorderer Reihe stellte, um der erweiterten Ferienfürsorge zu dienen. Große Opfer waren hierzu erforderlich, ein beispielloser Idealismus und wirklich praktische Nächstenliebe offenbart sich in dieser Arbeit und Kraft das Gefühl, was von der materialistischen Einstellung der Sozialdemokratie lägen.

Seit Wochen, allerdings unter dem bitteren Beigeschmack des Regenwetters, herrschte tagtäglich auf dem idealen Gelände der Freien Turnerschaft reges Leben. Rund 400 Kinder tummelten sich unter der Obhut der schickenden Helferinnen und Helfer auf dem Platze. Aber sie tummelten und spielten nicht nur, übten sich nicht nur in Gymnastik und sonstigen Leibesübungen, sondern die Arbeiterwohlfahrt sorgte auch für kräftiges Essen. Um dieser Aufgabe noch besser wie bisher gerecht zu werden, wurde eine modern eingerichtete Küche erbaut, ein sehenswertes massives Gebäude. Es hat sich gelohnt und bewährt. Die Nahrung, die in dieser Küche von sachkundiger Seite gekocht wurde, mundete ausgezeichnet. Beweis: Alle Kinder haben an Gewicht zugenommen, zum Teil recht bedeutend. Die gute Hardtwaldluft tat das übrige, daß aus den blaffen Gesichtern, die zu Beginn zu sehen waren, rote Wangen entstanden. Man muß nämlich die Kinder am Anfang der Erholungsstunde und am Ende derselben in Augenschein genommen haben, um den Erfolg dieser Ferienfürsorge feststellen zu können. Kinder aller Konfessionen und von Eltern aller Parteien — selbst Kinder von Nationalsozialisten — haben die Wohlthat der Arbeiterwohlfahrt empfangen dürfen. Große Mittel mußten durch freiwillige Spenden usw. aufgebracht werden, da viele Eltern nicht in der Lage waren, auch nur die fehlgekehrte geringe Gebühr aufzubringen. Und zudem war die Zahl der Kinder eine bedeutend höhere wie in den früheren Jahren.

Die Schlußfeier

Mit einem nassen und einem trüben Auge sah die betretenen jungen Erdenbürger der Schlußfeier entgegen. Die Jugend ist bekanntlich immer schnell dabei, wenn es gilt, Feiern zu begehen. Aber diese Feier bedeutete zugleich Schluß mit den schönen Tagen, Abschiednehmen von der lieben Stätte, die sich seit Wochen in ein schönes Kinderland verwandelt hatte, wo sozusagen Milch und Honig floß. Aber dennoch sah man nur fröhliche Kindergehaltn und nur freudbestrahlende Augen — Jugendfreude, die auch die Alten zum Glückseligkeit mitsch, lag auf den Gesichtern dieses Jungvolkes. Zahlreich fanden sich die Eltern und sonstigen Gäste zur Feier ein, so daß das schönste Festzelt entstand. Goldene Herbstsonne verließ der Feierstunde einen besonderen Glanz. Unter Vorantritt und klingendem Spiel des Spielmannszuges der Kinderfreunde zog die Junggar auf das Fest-

Naturfreunde-Wasserwanderer

Eine interessante Abwechslung im Fahrtenprogramm eines Paddlers ist unfehlbar eine „Kloakassenfahrt“. Neben dem Reis der Landschaft bietet die Fahrt durch „Schnecken“ und „Gassen“ eine sportliche Mannigfaltigkeit. Wenn schwebende Wälder und argelnde Strudel durchfahren sind, ist Freude und Befriedigung auf des Paddlers Gesicht zu lesen. In diese Genuss weicht eine Fahrt ein, die von den Wasserwanderern Sonntag, 13. September ausgeführt wird, die zu durchführende Straße der „Kloakassenfahrt“ mit Auto am Sonntag früh 6 Uhr am Reiterer, Bahnhof, Fahrpreis Mark 2.—, hin und zurück, Führer Gen. J. Traupf. Leichter Anmeldetag Freitag, den 11. September im Lokal Volkshaus, wofür der Fahrpreis zu entrichten ist.

Lichtspielhäuser

Reisens-Dichtspiele.

Der Großteil krimineller Zustände hat bis jetzt noch nichts Umwälzendes gebracht, was, vom Standpunkt des Sensationslustigen gesehen, andere, neue Situationen zuzugelerbt hätte. Doch dieser „Zug“ reicht nach Abwärts. Schon der Rahmen des elementaren Kerns langen Aufnahmestandes des Zuges, in diesem Falle einige Stunden, in eine Reihe der tollsten Abenteuer verwickelt wird, ist keine Alltagsarbeit. Die

gelände ein. Ein sehr reichhaltiges Programm, das von der Jugend selbst bestritten wurde, harrte seiner Abwicklung. Bevor mit den einzelnen Darbietungen begonnen wurde, entbot Genossin Landtagsabg. Fischer den Festgästen herzliche Begrüßungsworte, besonders an die Vertreter der verschiedenen Behörden und dem Delegierten des Landesvorstandes der Arbeiterwohlfahrt. Sie verwies sodann auf die bedauerliche Tatsache, daß der Wettergott es sehr übel in diesem Jahr meinte, aber auch er konnte trotzdem den Kindern die „Sonne im Herzen“ nicht austreiben. Der Erfolg der Ferienfürsorge sei ein besseres Aussehen der Kinder, sowie eine Gewichtszunahme. Herzliche Dankesworte richtete sie an die Helferinnen und Helfer, an den Genossen Hauptlehrer Schäufele, der sich der pädagogischen Seite widmete, ebenso der Genossin Stadträtin Müller und nicht zuletzt der Köchin, die den Kindern all die guten Sachen zubereitete, von denen auch das größte Quantum „erlebt“ wurde. Zum Schluß dankte sie die Dankesworte auf die Freie Turnerschaft und alle Spender und Behörden aus, die die edle Sache unterstützten. Es sei Dienst an der Menschheit gewesen, die vollbracht wurde. Die kurzen, prägnanten Ausführungen fanden allseits freudige Aufnahme.

Nun kamen die Kinder selbst zu Wort, man sah es ihnen an, sie konnten es kaum erwarten, um das Gelernte zu zeigen. Und die Alten gaben zu erkennen, daß sie der Einladung der Genossin Fischer, sich nämlich in die Kinderjahre zurückzuversetzen und sich jung zu fühlen, vollauf gefolgt sind. Freudige, strahlende Kinder, freudig gestimmte Erwachsene! Kann es etwas Schöneres, Erhebenderes geben? Der gestrige Mittag bewies es. Schon der gemeinsame Gesang „Dem Morgenrot entgegen“, der aus den 400 Kinderkehlen durch den weiten Platz erscholl, erweckte Begeisterung. Dann kamen fünf Ruben die das vertonte Gedicht „Die Arbeitsmänner“ recht nett zum Vortrag brachten. Eine kleine Gruppe Bogenschießen trat sodann auf zu munterem Spiel mit dem Gesang „Mit dem Pfeil und Bogen“ und bereitete allgemeinen Spaß. Den Hauptteil der Darbietungen bildeten hübsche Reigen und Spiele, zum Teil mit Gesang. Sehr viele wurden eingeleitet und kamen zur Vorführung, so daß wohl alle Kinder an diesen von der Jugend so gerne getätigten Übungen teilnehmen konnten. „Bin kein Freund von Traurigkeit“ sang eine Gruppe bei einem Reigen. Daß die Jugend recht hatte, davon gab sie bezeugende Beweise. Und das ist gut so. Mit spässigen Turnspielen und Programmen warteten verschiedene Gruppen von Ruben auf, während ein Mädchen als Solotänzerin die Zuschauer vergnügte. Die Helfer hatten sich eine eigene Nummer geleistet und ihr Spiel fand den verdienten Applaus. Mittlerweile kam wieder ein Gedicht „Weg zur Sonne“ zu Gehör, das ein Mädchen mit Empfindung vorlas. Als Finale der Darbietungen war ein Sprechchor ausgerufen, an dem alle Kinder teilnahmen und dessen Einförmigkeit gewiß viel Mühe kostete. Uneres Craftsens ist kein Inhalt aber etwas zu schwer für die Kinder. Die Aufführung selbst betriebte vollauf, insbesondere wenn man bedenkt, daß es Kinder waren — dazu noch in so großer Zahl! — die sich an der Sache beteiligten. Der Gesang „Brüder zur Sonne, zur Freiheit“ bildete den Abschluß des Sprechchors und damit auch des Programms.

Unter den Afforden des Spielmannszuges der Kinderfreunde marschierte das fröhliche Jungvolk von „Festplatz“, um sich nun einer wichtigeren Beschäftigung zuzuwenden, denn die Köchin und ihr Mitarbeiterlab hatten inzwischen für die noch gelanter „schwerer Tätigkeit“ so notwendige leibliche Stärkung gesorgt und auch hier bewiesen die Kinder, daß sie bei dieser Arbeit außerordentlich tüchtig und leistungsfähig sind. Es war auch der letzte Anblick, der ihnen dieses Jahr auf den blumengeschmückten Tischen verabreicht wurde. Er schmeckte deshalb noch besser wie sonst.

Die Sonne wurde inzwischen immer spärlicher mit ihren Strahlen, sie nahm schließlich ganz Abschied für diesen Tag. Eine 400köpfige Kindergarde machte ebenfalls Abschied nehmen von einer Stätte, an der sie fünf Wochen lang mit Sonne beglückt wurden. Es war ein schwerer Abschied, denn für die allermeisten kommen wieder trübe, graue Tage. Gerne werden die Kinder an ihre Erholung zurückdenken und dabei die Tanten und Onkels, die ihnen so liebe Freunde geworden sind, nicht vergessen. Sie werden aber sicher auch an alle denken, die ihnen die Möglichkeit zu diesen schönen Tagen verschafft haben, hauptsächlich an die Arbeiterwohlfahrt und ihre Mitarbeiterkraft.

Als besonders erfreulich darf konstatiert werden, daß sich während der ganzen Zeit die Kinder keine körperlichen Schäden zuzogen. Die Arbeiterwohlfahrt hatte allerdings auch für Hilfeleistung vorgesorgt, denn die Arbeiterkamerader hatten stets eine Vertretung auf dem Platze. Ihnen gebührt dafür besonderer Dank.

Widwale bogelst sich in äußerstem Tempo und verließ in atemberaubender Spannung, die sich ununterbrochen steigerte und befruchtigend ist. Die Welt des Stoffes ist ertra und schnell, fast möchte man sagen, vom Geiste des selbstbestimmten Schriftstellers Ernst Oskar Wallace's befeuert. Und dieses Erstaunen ist es, was und das. Sämtliche primären Rollen sind von durchaus prominenten Schülern besetzt. Genannt vor allen anderen sei Charlotte Zula, der wohl der Hauptcharakter der Handlung ist. Dem Zula der demnachsten Verlobten der Handlung ist ebenfalls besetzt. Unter Aufsicht auf die bekannte Ober dreht man nach einem Schwanze „Der Stumme von Portici“, welcher gewissen Gehalts und Tonempfindern praktische und unpraktische Wände geben wird, wie man sich am Monatsstimm nach Witternacht verhält, wenn man sozusagen ohne einen Helfer, an der Hand, der besseren Hälfte gegenübersteht. Große Scharf und Eleganz Arno haben neben anderen guten Figuren viel Aufsehen und zum Teil auch Lebenswahrheit zusammengedrückt. Das Bildchen unterhält vorzüglich.

Veranstaltungen

Gastspiel einer holländischen Polizeifelle in Stadtpark. Wir machen unsere verehrlichen Leser nochmals auf das heute abend im Stadtpark um 8 Uhr beginnende Doppelfest der holländischen Polizeifelle aus Rotterdam aufmerksam. Sollte die Witterung für einen Aufenthalt im Stadtpark an diesem Abend zu kühl sein, so wird das Doppelfest in die Festhalle verlegt, worauf besonders hingewiesen wird.

Ihr Kind im Herbst

Baby-Artikel

- Kinderjäckchen**
Baumwolle gestrickt, ein besonders vorlieharter Posten, Gr. 1-3, Stück -25
- Kinderjäckchen**
Schöne Qualität maro, Gr. 1, Stück -50
Jede weitere Größe 6 Pf. mehr
- Kinderkleidchen**
oder Anzögchen
Baumwolle, hübsche Musterung, nur schöne Farben, Gr. 1-3, Stück 1.00
- Baby-Garnituren**
reine Wollwolle, Jäckchen m. Mütze 2.90 1.50
- Baby-Garnituren**
reine Wollwolle, Jäckchen mit Mütze Handarbeit 4.50 3.60
- Baby-Röckchen**
Handarbeit 2.60
- Spiel-Anzögchen**
reine Wollwolle 2.90

Für 2-5jährige

- Knaben-Taghemd** 1/4 Arm
Gr. 45 50 55
-80 -95 1.10
- Mädchen-Achselhemd**
mit hübscher Gitterstickerei u. Barmer Bg.
Gr. 45 50 55
-65 -75 -90
- Kinder-Röckchen**
Baumwolle angesetzt
Gr. 45 50 55
-65 -80 -95
- Einknopf-Anzug**
Wolle plattiert, Gr. 45
Jede weitere Größe 50 Pf. mehr 2.90
- Sweater** Woll plattiert, Gr. 1
Jede weitere Größe 30 Pf. mehr 1.70
- Knaben-Anzug**
Wolle plattiert, Gr. 1
Jede weitere Größe 30 Pf. mehr 3.90
- Strümpfe** Woll plattiert
Gr. 2 3 4
-70 -80 -90

Für 6-9jährige

- Knaben-Taghemd** 1/4 Arm
Gr. 60 65 70
1.25 1.40 1.55
- Mädchen-Achselhemd**
mit hübscher Gitterstickerei u. Barmer Bg.
Gr. 60 65 70
1.05 1.20 1.35
- Kinder-Röckchen**
Baumwolle angesetzt
Gr. 60 70
1.10 1.35
- Leibchen**
aus kräftigem Stoff
Gr. 5 6 7
1.20 1.30 1.40
- Strümpfe** Woll plattiert
Gr. 5 6 7
1.- 1.10 1.25
- Strümpfe** Barchard
Markenstrumpf, beste Qualität
Gr. 5 6 7
2.20 2.40 2.60
- Pullover** mit Reißverschluss
Gr. 3 4
4.50 4.90
- Pullover** mit Reißverschluss
reine Wollwolle
Gr. 3 4
8.90 9.60
- Schürzen**
blau mit hübsch gemust. Oberteil
Gr. 55 60
1.70 1.90

Für 10-13jähr.

- Knaben-Taghemd** 1/4 Arm
Gr. 75 80 90
1.70 1.85 2.20
- Mädchen-Achselhemd**
mit hübscher Gitterstickerei u. Barmer Bg.
Gr. 75 80 90
1.50 1.65 1.95
- Kinder-Röckchen**
Baumwolle angesetzt
Gr. 80 90
1.60 1.90
- Leibchen**
aus kräftigem Stoff
Gr. 8 9 10
1.50 1.60 1.70
- Strümpfe** Woll plattiert
Gr. 8 9 10
1.40 1.60 1.80
- Strümpfe** Barchard
Markenstrumpf, beste Qualität
Gr. 8 9 10
2.80 3.- 3.30
- Pullover** mit Reißverschluss
Gr. 5 6
5.50 5.90
- Pullover** mit Reißverschluss
reine Wollwolle
Gr. 5 6
10.20 10.80
- Schürzen**
blau mit hübsch gemust. Oberteil
Gr. 55 70
2.10 2.30

Samstag, 12. September geschlossen

Buechard

Mietervereinigung Karlsruhe (e. V.)
Geschäftsstelle (nur briefl.) Baumstr. 32, Stb. IV
Sprachstunden jeden Montag u. Freitag im „Kaffee
Nowack“, jeden Mittwoch „Unter den Linden“
Ecke Yorkstr. u. Kaiserallee jeweils v. 6-7 Uhr

35 la. Benzin
Pfnennig
Ruppurrerstraße 2a



Frische Fische

Direkt von der See
In schwerer Eispackung
Kablau 35
im ganzen Pfd.
im Anschnitt Pfd. 38
Kablaufilet 50
Pfd.
Süßbücklinge Pfd. 38
Lachs: Inge Stück 15

Pfankuch

Pfankuch-Waren helfen sparen
5% Rabatt

Luftiger heller Lagerraum

mit Holzboden, auch als Arbeitsraum geeignet, ca. 380 Quadratmeter, sofort oder später zu vermieten. Näheres zu erfragen Waldstr. 28, Laden.



Aus dem Gleichgewicht kommt Dein Geschäft, wenn Du Deine Ware nicht ständig in einer werbekräftigen Zeitung anbietest. Unterhalte daher stets eine Dauerrklame in dem weitaus meist gelesenen aller badischen republikanischen Tageszeitungen, dem sozialdemokratischen Volkstrend in Karlsruhe

Zum Jubiläum

Einige Beispiele aus unserer Spezialabteilung „Alles fürs Kind“

- Mädchen-Faltenrock**
mar. Popeline in schöner Faltenlage, Gr. 27-30 6.25 Gr. 31-35 6.75
Steigerung 30 Pf.
- Waschamtkleid** Sportform mit Waschkragen Gr. 00 3.25
Steigerung 25 Pf.
- Knabenhose** in farb. m. Lethch. Gr. 0 1.95
Steigerung 15 Pf.
- Sportanzug** für Knaben mit Ueberkragen Gr. 3 10.75
Steigerung 1.-
- Lodenmantel** mit Kapuze für Knaben und Mädchen Gr. 50 8.75
Steigerung 1.25
- Schulstiefel** strapazierfäh. Rindleder Gr. 27-30 6.25 Gr. 31-35 6.75
Steigerung 10 Pf.
- Elefantentiefel** für Knaben und Mädchen, mit der Garantie-Gummsohle Gr. 27-30 6.10 Gr. 31-35 6.90
- Schulstrumpf** Woll platt. Gr. 1 60 Pf.
Steigerung 10 Pf.
- Schulstrumpf** reiner Woll Gr. 1 95 Pf.
Steigerung 20 Pf.
- Kniestrumpf** Baumwolle Gr. 5-9 90 Pf.
- Handschuhe** für Knaben u. Mädchen, reine Woll, alle Gr. 65 Pf.
- Taghemden** für Mädchen, Achselchluss mit Stickerei Gr. 00 90 Pf.
Steigerung 10 Pf.
- Taghemden** für Knaben, Kielerform Gr. 00 90 Pf.
Steigerung 10 Pf.
- Hemd hose** gute Trikotqualität Gr. 00 1.75
Steigerung 25 Pf.
- Schlupfhose** Größe 0-3 Gr. 00 90 Pf.
mit Protif-Futter Größe 4-6
- Mädchenschürze** bunt Creoline, zweifärbig Gr. 00 1.50
Steigerung 25 Pf.
- K'Südwestener u. Glocken** in verschiedenen Stoffarten 90 Pf.

Pullover und Westen für Knaben u. Mädchen			Ca. 1000 Paar Kinderschuh u. Stiefel				
tells reine Woll, je nach Größe			mit kleinen Schönheitsfiehern, je nach Größe				
Serie I	Serie II	Serie III	Serie I	Serie II	Serie III	Serie IV	Serie V
2.90	3.90	5.90	1.90	2.45	2.90	3.90	4.90

Sämtliche Schularartikel in größter Auswahl!

HERMANN KARLSRUHE

Achtung! Erstklassiges mit Sauerteig zubereitet im Holzofen gebacken, nur echtes Dauerbrot! Lieh dir ins Haus Ang. u. Nr. 6689 a. d. Waldstr.

Radiopaparot. Drei Röhren mit Lautsprecher billig zu verkaufen! Waldstr. 20, Stb. III.

Wegen Wegzug u. Verkauf wenig gebrauchtes Schlaf-, Herrens- u. Schimmer sowie Rüche u. Bad. Ang. unter Nr. 6678 an den Volksfreund.

Wollentische und Zartelanden sowie 2 Flugzeuge zu verkaufen! Giesinger, Böllingen b. D., Königshausstr.

Out erf. Schlafzimm. nur vom Privat gegen bar zu kaufen gel. Su. ertr. u. D12404 Waldstr.

Donnerstag, 17. Sept. 1931, 20 Uhr
Der weltberühmte
Don-Kosaken-Chor
Dirigent: Serge Jaroff
Neues Programm
Post Gazette Pittsburg schrieb:
Welch ruhmreicher Chor! Dieses Konzert war der Höhepunkt der Saison! Die Don Kosaken zeigten uns die Unzulässigkeit aller fremden Chöre, die bisher bei uns sangen. Diese 36 Sängern singen wie ein Chor von 136 Männern.
Karten von RM. 1.50 bis RM. 4.- in der Musikalienhandlung und Konzertdirektion Kaiser-Ecke Waldstraße Telefon 388
FRITZ MÜLLER

Im billigen Elagengeschäft
Straßen- und Tanz-Kleider
Damen- und Bacht schmäntel
durchweg aus guten Stoffen
Mk. 4.75 8.75 12.75 16.75
Daniels Konfektionshaus
Wilhelmstraße 36, 1 Treppe
Ratenkaufabkommen Keine Ladenspesen

Tanz-Schule Braunagel
Königliche Ober von Rogart
Dirigent: Schwarz
Regie: Grotzsch
Mitwirkende: Mant, Giesgroth, Kiefer, Kuntwig, Bräter, Schuler, Kleinbusch
Anfang 20 Uhr
Ende gegen 22 Uhr
Preis C (0.90-4.90 A.)
1692

Arbeiter! Berücksichtigt bei Eueren Einkäufen stets die Interessen dieser Zeitung!

Wieder eingetroffen:
Ein Waggon
Delikates-Sülze
die bekannt gute Qualität
fein, pikant
50
Pfd. 13.- 1/2 Pfd. 26.-
Ein Versuch...
u. Sie kaufen wieder

Pfankuch
Pfankuch-Waren helfen sparen
5% Rabatt

2 Mark nur

billige gute Romane Ganzleihen gebunden
Stendhal
italienische Novellen
Gustav Meyrink
Der Golem
Anatole France
Die Götter dürsten
Viktor Hugo
1793. Das Jahr des Schreckens
Jöran Kierkegaard
Das Tagebuch eines Verführers
Mk. 2.85
Volksfreund Buchhandlung Waldstr. 28, Ruf 7020-21

Amtliche Bekanntmachungen

Das Vergleichsverfahren über das Vermögen der Firma Friedrich Wiener, Inh. Oskar Kammerer, Giesingerhandlung in Karlsruhe, Waldstraße 11, ist Termin zur Verhandlung über den vom Gemeindefuldner gemachten Zwangsvergleichsvorschlag und zur Erörterung nachträglich angebotener Forderungen bestimmt auf: Donnerstag, den 8. Oktober 1931, vormittags 11 1/2 Uhr, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, II. Stad. Zimmer Nr. 142. Der Vergleichsvorschlag ist auf der Geschäftsstelle zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt. Karlsruhe, den 9. September 1931. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A. 1. 1689

Gaggenauer Anzeigen

Allgemeine Bestimmungen und Wettbewerbsordnung für die vom 25. bis 28. September 1931 in der Turnhalle in Gaggenau stattfindende Ausstellung.
I. Zweck der Ausstellung.
Die Ausstellung soll:
a) einen Überblick über den Stand der Verteilung des landwirtschaftlichen Erzeugnisses, den Lehrgang der landwirtschaftlichen Kreisvereine, des Obst-, Beeren-, Neben-, Gemüse- und Gartenbauvereins im Ausstellungsbereich gewähren und das Interesse für Landwirtschaft, Obst-, Gartenbau und Blumenzucht, sowie die Verwertung von Obst und anderen landwirtschaftlichen Erzeugnissen wecken und heben,
b) der Bevölkerung auf den genannten Zweigen Belehrung bieten,
c) den Fabrikanten und Geschäften, welche sich mit der Herstellung bzw. dem Vertrieb von technischen Hilfsmitteln befassen, Gelegenheit geben, ihre Erzeugnisse einem größeren Interessentenkreis vorzuführen,
d) zur Aufhebung von Handelsbeziehungen Anlaß geben.
Mit der Ausstellung ist ein Obstverkaufsmarkt verbunden.
Gaggenau, den 9. September 1931.
Der Bürgermeister Schneider.
Rufpreis.
Die Rufpreise betragen für die Wintermonate (1. 9. 31 - 1. 5. 32) für:
Drehtisch II 3RM. 1.85
Drehtisch III (Ruhetisch) 3RM. 1.80
Drehtisch IV (Vertikals) 3RM. 1.40
Gaggenau, den 9. September 1931. 1691
Der Bürgermeister Schneider.

Junger Arbeiter, gel. Bauhilfslohn, jahrel. in Farbenindustrie tätig sucht Stelle o. L. gegen voll. und vollständ. Ang. o. e. unter Nr. R 125 an den Volksfreund. Dabei ist ein zwei Firmenbilder bill. abzug.
Glückwünsche nimmt noch 500000 an in und außer dem Hause. Submittwilhelmstr. 2, III I.
Ein leeres und ein möbl. Zimmer zu vermieten. Zartach, Waldstr. 13, Stb. V. Waldstr. 2.
Gebr. Herd zu verkaufen. Ang. unter Nr. 6678 an den Volksfreund.
Sanftin. Emailherd billig zu verkaufen. Ang. unter Nr. 6678 an den Volksfreund.
Saukopffosen gut erhalten, billig zu vert. Humboldtstr. 30, II r.
Welf. Caschier 10 A 35 Nähmaschine mit voller Garantie. Teilzahlung gestattet bei Stad. Verrentstr. 6.